

Hansestadt



Die Bürgermeisterin

Stadt Wesel

Jugendamt

VEREINBARUNG

über den Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter ehren- und nebenamtlich tätiger Personen bei der Wahrnehmung von Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe entsprechend § 72a SGB VIII

Präambel

Kinder und Jugendliche haben Anspruch darauf, dass sie gefördert und unterstützt werden und sorglos und geschützt aufwachsen können. Sensibel für die Gefährdung von Kindern innerhalb oder außerhalb des familiären Umfeldes zu sein, Gefährdungen rechtzeitig zu erkennen und sie vor Gefahren für ihr seelisches und geistiges Wohl sowie ihre körperliche Unversehrtheit zu bewahren und zu beschützen, ist Aufgabe des gesamten Gemeinwesens. Diese Verantwortung übernimmt der freie Träger der Jugendhilfe unter anderem durch den Abschluss dieser Vereinbarung. Damit leisten die Vereinbarungspartner einen aktiven Beitrag zur Umsetzung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen.

**Die Stadt Wesel – Jugendamt –,
vertreten durch die Bürgermeisterin,
Frau Westkamp,
im folgenden "Jugendamt" genannt,**

und

(Träger/Sportverein)

im folgenden "freier Träger der Jugendhilfe" genannt

schließen zur Sicherstellung des Tätigkeitsausschlusses einschlägig vorbestrafter Personen entsprechend § 72a SGB VIII (Anlage 1) die folgende Vereinbarung:

§ 1

Allgemeiner Schutzauftrag

Eine allgemeine Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe ist es, Kinder und Jugendliche davor zu bewahren, dass sie in ihrer Entwicklung durch Misshandlung, Vernachlässigung oder Missbrauch gefährdet werden. Kinder und Jugendliche sind vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen (§ 1 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII).

§ 2

Einbezogene Angebote des freien Trägers der Jugendhilfe

In diese Vereinbarung sind alle Angebote des freien Trägers der Jugendhilfe einbezogen, die Leistungen nach dem Achten Sozialgesetzbuch (Anlage 2) darstellen.

§ 3

Tätigkeitsausschluss von einschlägig vorbestraften Personen

Um präventiv Schäden in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen durch Misshandlung, Vernachlässigung oder Missbrauch zu verhindern, setzt der Träger der freien Jugendhilfe bei seinen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe bei allen Tätigkeiten, die in tatsächlichem, direktem Kontakt mit Kindern und Jugendlichen erbracht werden und wegen Art, Dauer, Regelmäßigkeit und Intensität des Kontakts den Aufbau eines besonderen Vertrauensverhältnisses ermöglichen, keine neben- oder ehrenamtlich tätigen Personen ein, die wegen einer in § 72a Abs. 1 SGB VIII aufgeführten Straftat rechtskräftig (Anlage 3) verurteilt wurden.

Die in Satz 1 genannten Personen dürfen diese Tätigkeiten nur nach Einsichtnahme in das erweiterte Führungszeugnis nach § 30 und § 30a des Bundeszentralregistergesetzes (Anlage 4) wahrnehmen.

Zur Einschätzung des möglichen Gefährdungspotenzials bewertet der Träger die mit seinen Angeboten, Maßnahmen oder Projekten verbundenen Tätigkeiten. Dazu bedient er sich des als Anlage 5 zu dieser Vereinbarung beigefügten Prüfschemas. Die Entscheidung über den Verzicht auf die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses trifft der Träger der freien Jugendhilfe in eigener Verantwortung. Die Entscheidung ist schriftlich zu dokumentieren.

Das Führungszeugnis sollte bei der Vorlage nicht älter als 3 Monate sein. Spätestens nach 5 Jahren ist ein aktuelles Führungszeugnis vorzulegen.

§ 4 Fachliche Beratung und Begleitung

Bei der Bewertung der Einschätzung des Gefährdungsrisikos der Tätigkeiten kann der Träger fachliche Beratung und Begleitung durch das Jugendamt in Anspruch nehmen.

§ 5 Verpflichtungserklärung

Ist wegen eines kurzfristigen oder spontanen Einsatzes die Vorlage des erforderlichen Führungszeugnisses nicht vor Beginn des Angebotes, der Maßnahme oder des Projektes möglich, soll der Träger darauf hinwirken, dass die eingesetzte Person die als Anlage 6 zu dieser Vereinbarung beigefügte persönliche Verpflichtungserklärung abgibt.

Wird diese Erklärung nicht abgegeben, darf diese Person nicht eingesetzt werden.

§ 6 Laufzeit der Vereinbarung

Die Vereinbarung tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Die Vereinbarung ist unbefristet.

Sie erlischt zu dem Zeitpunkt, ab dem der freie Träger der Jugendhilfe die Erbringung von Leistungen nach dem Achten Sozialgesetzbuch einstellt.

Sie erlischt ebenfalls zu dem Zeitpunkt, ab dem eine neue Vereinbarung in Kraft getreten ist.

§ 7 Schlussbestimmungen

Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein, so berührt dies die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht. Kreis und Träger verpflichten sich, in einem derartigen Fall eine wirksame oder durchführbare Bestimmung an die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren zu setzen, die dem Geist und dem Zweck der zu ersetzenden Bestimmung und der Vereinbarung so weit wie möglich entspricht.

Alle Änderungen dieser Vereinbarung und Nebenabreden bedürfen der Schriftform.

Wesel,

Stadt Wesel
Die Bürgermeisterin

Wesel,

(Träger/Sportverein)

Im Auftrag

(Brix-Leusmann)

Leiterin des Fachbereiches
Jugend, Schule und Sport

(Vertreter Träger/Sportverein)

Anlagen:

1. Auszug SGB VIII (§ 72a)
2. Liste Leistungen SGB VIII
3. Liste einschlägiger Straftaten
4. Auszug aus dem BZRG (§§ 30, 30 a BZRG)
5. Prüfschema
6. Verpflichtungserklärung
7. Antrag auf Ausstellung eines Führungszeugnisses

Auszug aus dem SGB VIII

§ 72a SGB VIII - Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen -

- (1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe dürfen für die Wahrnehmung der Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe keine Person beschäftigen oder vermitteln, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184f, 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuchs verurteilt worden ist. Zu diesem Zweck sollen sie sich bei der Einstellung oder Vermittlung und in regelmäßigen Abständen von den betroffenen Personen ein Führungszeugnis nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen lassen.
- (2) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen durch Vereinbarungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe sicherstellen, dass diese keine Person, die wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist, beschäftigen.
- (3) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen sicherstellen, dass unter ihrer Verantwortung keine neben- oder ehrenamtlich tätige Person, die wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist, in Wahrnehmung von Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Kinder oder Jugendliche beaufsichtigt, betreut, erzieht oder ausbildet oder einen vergleichbaren Kontakt hat. Hierzu sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe über die Tätigkeiten entscheiden, die von den in Satz 1 genannten Personen auf Grund von Art, Intensität und Dauer des Kontakts dieser Personen mit Kindern und Jugendlichen nur nach Einsichtnahme in das Führungszeugnis nach Absatz 1 Satz 2 wahrgenommen werden dürfen.
- (4) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen durch Vereinbarungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe sowie mit Vereinen im Sinne des § 54 sicherstellen, dass unter deren Verantwortung keine neben- oder ehrenamtlich tätige Person, die wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist, in Wahrnehmung von Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Kinder oder Jugendliche beaufsichtigt, betreut, erzieht oder ausbildet oder einen vergleichbaren Kontakt hat. Hierzu sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Trägern der freien Jugendhilfe Vereinbarungen über die Tätigkeiten schließen, die von den in Satz 1 genannten Personen auf Grund von Art, Intensität und Dauer des Kontakts dieser Personen mit Kindern und Jugendlichen nur nach Einsichtnahme in das Führungszeugnis nach Absatz 1 Satz 2 wahrgenommen werden dürfen.
- (5) Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe dürfen von den nach den Absätzen 3 und 4 eingesehenen Daten nur den Umstand, dass Einsicht in ein Führungszeugnis genommen wurde, das Datum des Führungszeugnisses und die Information erheben, ob die das Führungszeugnis betreffende Person wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist. Die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe dürfen diese erhobenen Daten nur speichern, verändern und nutzen, soweit dies zum Ausschluss der Personen von der Tätigkeit, die Anlass zu der Einsichtnahme in das Führungszeugnis gewesen ist, erforderlich ist. Die Daten sind vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen. Sie sind unverzüglich zu löschen, wenn im Anschluss an die Einsichtnahme keine Tätigkeit nach Absatz 3 Satz 2 oder Absatz 4 Satz 2 wahrgenommen wird. Andernfalls sind die Daten spätestens drei Monate nach der Beendigung einer solchen Tätigkeit zu löschen.

Leistungen nach dem SGB VIII

Auszug aus § 2 SGB VIII - Aufgaben der Jugendhilfe -

(2) Leistungen der Jugendhilfe sind:

1. Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§§ [11](#) bis [14](#)),
2. Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie (§§ [16](#) bis [21](#)),
3. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege (§§ [22](#) bis [25](#)),
4. Hilfe zur Erziehung und ergänzende Leistungen (§§ [27](#) bis [35](#), [36](#), [37](#), [39](#), [40](#)),
5. Hilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und ergänzende Leistungen (§§ [35a](#) bis [37](#), [39](#), [40](#)),
6. Hilfe für junge Volljährige und Nachbetreuung (§ [41](#)).

Zu den Angeboten der Jugendarbeit gehören nach § 11 SGB VIII:

- für Mitglieder bestimmte Angebote, die offene Jugendarbeit und gemeinwesenorientierte Angebote
- außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung
- Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit
- Arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit
- Internationale Jugendarbeit
- Kinder- und Jugenderholung
- Jugendberatung

Einschlägige Straftaten

- § 174 Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen
- § 174a Sexueller Mißbrauch von Gefangenen, behördlich Verwahrten oder Kranken und Hilfsbedürftigen in Einrichtungen
- § 174b Sexueller Mißbrauch unter Ausnutzung einer Amtsstellung
- § 174c Sexueller Mißbrauch unter Ausnutzung eines Beratungs-, Behandlungs- oder Betreuungsverhältnisses
- § 176 Sexueller Mißbrauch von Kindern
- § 176a Schwerer sexueller Mißbrauch von Kindern
- § 176b Sexueller Mißbrauch von Kindern mit Todesfolge
- § 177 Sexuelle Nötigung; Vergewaltigung
- § 178 Sexuelle Nötigung und Vergewaltigung mit Todesfolge
- § 179 Sexueller Mißbrauch widerstandsunfähiger Personen
- § 180 Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger
- § 180a Ausbeutung von Prostituierten
- § 181a Zuhälterei
- § 182 Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen
- § 183 Exhibitionistische Handlungen
- § 183a Erregung öffentlichen Ärgernisses
- § 184 Verbreitung pornographischer Schriften
- § 184a Verbreitung gewalt- oder tierpornographischer Schriften
- § 184b Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Schriften
- § 184c Verbreitung, Erwerb und Besitz jugendpornographischer Schriften
- § 184d Verbreitung pornographischer Darbietungendurch Rundfunk, Medien- oder Teledienste
- § 184e Ausübung der verbotenen Prostitution
- § 184f Jugendgefährdende Prostitution
- § 225 Mißhandlung von Schutzbefohlenen
- § 232 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung
- § 233 Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft
- § 233a Förderung des Menschenhandels
- § 234 Menschenraub
- § 235 Entziehung Minderjähriger
- § 236 Kinderhandel

Auszug aus dem Bundeszentralregistergesetz

§ 30 Antrag

- (1) Jeder Person, die das 14. Lebensjahr vollendet hat, wird auf Antrag ein Zeugnis über den sie betreffenden Inhalt des Registers erteilt (Führungszeugnis). Hat der Betroffene einen gesetzlichen Vertreter, so ist auch dieser antragsberechtigt. Ist der Betroffene geschäftsunfähig, so ist nur sein gesetzlicher Vertreter antragsberechtigt.
- (2) Der Antrag ist bei der Meldebehörde zu stellen. Der Antragsteller hat seine Identität und, wenn er als gesetzlicher Vertreter handelt, seine Vertretungsmacht nachzuweisen. Der Betroffene und sein gesetzlicher Vertreter können sich bei der Antragstellung nicht durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Die Meldebehörde nimmt die Gebühr für das Führungszeugnis entgegen, behält davon zwei Fünftel ein und führt den Restbetrag an die Bundeskasse ab.
- (3) Wohnt der Antragsteller außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes, so kann er den Antrag unmittelbar bei der Registerbehörde stellen. Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.
- (4) Die Übersendung des Führungszeugnisses an eine andere Person als den Antragsteller ist nicht zulässig.
- (5) Wird das Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde beantragt, so ist es der Behörde unmittelbar zu übersenden. Die Behörde hat dem Antragsteller auf Verlangen Einsicht in das Führungszeugnis zu gewähren. Der Antragsteller kann verlangen, daß das Führungszeugnis, wenn es Eintragungen enthält, zunächst an ein von ihm benanntes Amtsgericht zur Einsichtnahme durch ihn übersandt wird. Die Meldebehörde hat den Antragsteller in den Fällen, in denen der Antrag bei ihr gestellt wird, auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Das Amtsgericht darf die Einsicht nur dem Antragsteller persönlich gewähren. Nach Einsichtnahme ist das Führungszeugnis an die Behörde weiterzuleiten oder, falls der Antragsteller dem widerspricht, vom Amtsgericht zu vernichten.
- (6) Wohnt der Antragsteller außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes, so kann er verlangen, daß das Führungszeugnis, wenn es Eintragungen enthält, zunächst an eine von ihm benannte amtliche Vertretung der Bundesrepublik Deutschland zur Einsichtnahme durch ihn übersandt wird. Absatz 5 Satz 5 und 6 gilt für die amtliche Vertretung der Bundesrepublik Deutschland entsprechend.

§ 30a Antrag auf ein erweitertes Führungszeugnis

- (1) Einer Person wird auf Antrag ein erweitertes Führungszeugnis erteilt,
 1. wenn die Erteilung in gesetzlichen Bestimmungen unter Bezugnahme auf diese Vorschrift vorgesehen ist oder
 2. wenn dieses Führungszeugnis benötigt wird für
 - a) die Prüfung der persönlichen Eignung nach § 72a des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe –,
 - b) eine sonstige berufliche oder ehrenamtliche Beaufsichtigung, Betreuung, Erziehung oder Ausbildung Minderjähriger oder
 - c) eine Tätigkeit, die in einer Buchstabe b vergleichbaren Weise geeignet ist, Kontakt zu Minderjährigen aufzunehmen.
- (2) Wer einen Antrag auf Erteilung eines erweiterten Führungszeugnisses stellt, hat eine schriftliche Aufforderung vorzulegen, in der die Person, die das erweiterte Führungszeugnis vom Antragsteller verlangt, bestätigt, dass die Voraussetzungen nach Absatz 1 vorliegen. Im Übrigen gilt § 30 entsprechend.

§ 30b Europäisches Führungszeugnis

- (1) Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland wohnen, aber die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzen, können beantragen, dass in ihr Führungszeugnis nach den §§ 30 oder 30a die Mitteilung über Eintragungen im Strafregister ihres Herkunftsmitgliedstaates vollständig und in der übermittelten Sprache aufgenommen wird (Europäisches Führungszeugnis). § 30 gilt entsprechend.
- (2) Die Registerbehörde ersucht den Herkunftsmitgliedstaat um Mitteilung der Eintragungen. Das Führungszeugnis soll spätestens 20 Werktage nach der Übermittlung des Ersuchens der Registerbehörde an den Herkunftsmitgliedstaat erteilt werden. Hat der Herkunftsmitgliedstaat keine Auskunft aus seinem Strafregister erteilt, ist hierauf im Führungszeugnis hinzuweisen.

Prüfschema zur Notwendigkeit der Einsichtnahme in ein erweitertes Führungszeugnis für neben- und ehrenamtlich tätige Personen

Tätigkeit (konkrete Beschreibung der Aufgabe/Funktion; Bezeichnung der Tätigkeit):			
Kinder / Jugendliche werden beaufsichtigt, betreut, erzogen, ausgebildet oder vergleichbarer Kontakt besteht		ja	nein

Gefährdungspotenzial bzgl.	gering	mittel	hoch
Art:			
Vetruuensverhältnis			
Hierarchie-/Machtverhältnis			
Altersdifferenz			
Risikofaktoren des Kindes/Verletzlichkeit			
Dauer und Regelmäßigkeit:			
Zeitlicher Umfang			
Regelmäßigkeit			
Intensität:			
Abwesenheitszeiten weiterer betreuender Personen			
Abwesenheitszeiten weiterer betreuter Minderjähriger			

Intensität:	gering	mittel	hoch
Geschlossenheit (fehlende Einsehbarkeit) der Räumlichkeiten			
Abgeschnittenheit/Abgeschiedenheit (fehlende Einsehbarkeit) einer Örtlichkeit			
Grad an Intimität des Kontaktes/Wirkens in die Privatsphäre			
Bei Gruppen: Häufigkeit des Wechsels von Mitgliedern/Teilnehmern			

Abschließende Bewertung:			
Die Einsichtnahme in das Führungszeugnis ist notwendig		ja	nein

Begründung:

Ort, Datum

Unterschrift

Anlage 6

Name

Straße

PLZ Ort

Verpflichtungserklärung

Ich bestätige, dass das Bundeszentralregister in Bezug auf meine Person keine Eintragungen über Verurteilungen wegen Straftaten nach den §§ 171, 174 – 174 c, 176 – 180 a, 181 a, 182 – 184 f, 225, 232 – 233 a, 234, 235 oder 236 StGB enthält und auch keine entsprechenden Verfahren gegen mich anhängig sind.

Ich verpflichte mich, den Träger der freien Jugendhilfe/Verein über die Einleitung entsprechender Verfahren zu informieren.

Ort, Datum

Unterschrift des Beschäftigten

Anlage 7

Name und Anschrift des
freien Träger der Jugendhilfe:

Ort/ Datum

Führungszeugnis nach § 30 a Abs. 2 BZRG

Hiermit wird bestätigt, dass der o.g. Träger der freien Jugendhilfe entsprechend § 72 a SGB VIII die persönliche Eignung von neben- oder ehrenamtlich Beschäftigten zum Zwecke der Betreuung und Beaufsichtigung von Minderjährigen anhand eines Führungszeugnisses nach § 30 a Abs. 1 Nr. 2 a BZRG zu überprüfen hat.

Herr/Frau _____
geb. am: _____
in _____

ist hiermit aufgefordert ein Führungszeugnis nach § 30 a BZRG zum Zwecke der Beschäftigung hier vorzulegen. Ich bitte um umgehende Übermittlung an den Antragsteller, da auch eine ehrenamtliche Beschäftigung erst nach erfolgter Überprüfung möglich ist.

Datum

Unterschrift

Einrichtung/Träger